SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Ausschussdienst und
Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 144. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. Oktober 2026, 11 Uhr,
im Sitzungszimmer 342/342 a des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender
Michel Deckmann (CDU)
Hauke Hansen (CDU), in Vertretung von Peter Lehnert
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Sönke Siebke (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Anne Riecke (FDP), in Vertretung von Annabell Krämer

Weiterer Abgeordneter

Dr. Heiner Garg (FDP)

Fehlender Abgeordneter

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung: **Seite**

1. Gründungs- und Finanzierungsvereinbarung zur Innovationsagentur Metropolregion Hamburg GmbH.....5

Vorlage des Wirtschaftsministeriums
Umdruck 20/7254

2. Bericht der Landesregierung zur Neustrukturierung der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen in Schleswig-Holstein.....8

Antrag der Fraktion der SPD
Umdruck 20/7588
Bericht des Gesundheitsministeriums
Umdruck 20/7622

3. Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung (Digitalisierungsbeschleunigungsgesetz – DigiBeschlG).....10

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 20/4202

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes.....11

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW, SPD und FDP
Drucksache 20/4714 (neu)

5. Versorgungslücke im Versorgungsausgleich geschiedener Beamtinnen und Beamten schließen – Interne Teilung der Versorgungsansprüche einführen. 12

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/4379

6. Steuerkriminalität den Kampf ansagen.....13

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/4519 (neu)

7. Entlastung des Ehrenamtes – Ehrenamtspauschale anheben.....14

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 20/4487

Änderungsantrag der Fraktion des SSW
Drucksache 20/4556

Gesellschaftliches Engagement muss dauerhaft und angemessen finanziell belohnt werden.....14

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/4560

Ehrenamtspauschale angemessen erhöhen.....14

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/4747

8. Information/Kenntnisnahme.....15

Umdruck 20/7142 (neu) – Fortschreibung Haushaltsdaten
Umdruck 20/7581 – Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
Umdruck 20/7587 – über- und außerplanmäßige Ausgaben
Umdruck 20/7589 – Steuerschätzung
Umdruck 20/7592 – Verwaltungsvereinbarung Finanzministerien
Umdruck 20/7602 und vertraulicher
Umdruck 20/7463 – Verwaltungsvereinbarung ECA-Förderung vertraulicher
Umdruck 20/7534 – Wasserstoffleitung

9. Verschiedenes.....16

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 11:20 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt mit der Änderung, dass die Punkte 4, 5 und 7 von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die folgenden Umdrucke im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten:

- vertraulicher Umdruck 20/7463 – Verwaltungsvereinbarung ECA-Förderung
- vertraulicher Umdrucke 20/7533 – Jahresabschluss 2025 UKSH (Beteiligungsausschuss)
- vertraulicher Umdruck 20/7534 – Wasserstoffleitung

1. Gründungs- und Finanzierungsvereinbarung zur Innovationsagentur Metropolregion Hamburg GmbH

Vorlage des Wirtschaftsministeriums
Umdruck 20/7254

Wirtschaftsstaatssekretärin Carstens teilt mit, man habe sich darauf verständigt, dass der Hauptsitz der Innovationsagentur in Hamburg sein werde. In den Ländern werde jeweils ein Regionalmanager sitzen, um mit den Innovationseinrichtungen vor Ort die bestmöglichen Synergien zu heben. In Schleswig-Holstein werde der Regionalmanager aus fachlichen Gründen bei der WTSH angesiedelt, um die in anderen Bereichen vorhandenen Programme und Maßnahmen bestmöglich zu verzahnen. Selbstverständlich werde der Regionalmanager nicht nur in Kiel sitzen, sondern viel in der Metropolregion unterwegs sein.

Abgeordnete Raudies betont noch einmal die Bedeutung der räumlichen Nähe der Innovationsagentur zur Metropolregion.

Der Finanzausschuss nimmt den Umdruck zur Kenntnis.

Sodann diskutiert der Ausschuss mit Staatssekretärin Carstens über die **Verwaltungsvereinbarung zur ECA-Förderung** (Umdruck 20/7602 und vertraulicher Umdruck 20/7463; der vertrauliche Umdruck enthält in der Anlage den Text der Verwaltungsvereinbarung).

Abgeordnete Riecke kritisiert, dass die Landesregierung ihrer Verpflichtung nach Artikel 28 Absatz 1 der Landesverfassung nicht angemessen nachgekommen sei und das Parlament seit November 2025 bis heute nicht darüber informiert habe, dass die EU die Förderung bereits im Juli 2026 bewilligt habe, dass sich Bund und Land auf eine gemeinsame Förderung verständigt hätten und inwieweit die Landesregierung die Informationen beziehungsweise Akten des Bundes zu dem Vorhaben eingesehen habe. Sie fragt die Landesregierung, inwieweit ihr Risiken oder Schwächen des Unternehmens bekannt seien, die für die Entscheidung über die Förderung relevant seien, und warum sie das Parlament darüber nicht informiert habe.

Staatssekretärin Carstens wiederholt ihre Ankündigung, dem Wirtschaftsausschuss eine entsprechende Vorlage zuzuleiten. Die Landesregierung habe das Parlament im November 2025 über das Projekt informiert und die entsprechenden Summen über die Nachschiebeliste in den Haushalt eingestellt. Die Förderung von Vishay unterscheide sich grundlegend von der Northvolt-Förderung. Das hoch innovative Großunternehmen Vishay sei seit 30 Jahren in Schleswig-Holstein tätig und beschäftige in Itzehoe über 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weltweit 23.000. Vishay werde im Rahmen des EU Chips Act gefördert; der Dienstleister des Bundes, VDI/VDE, habe das Projekt geprüft und als förderwürdig erachtet. Die Landesregierung habe entschieden, die Kofinanzierung von knapp 43 Millionen Euro zu leisten, und dafür im Haushalt Vorsorge getroffen. Die Fördermittel würden abhängig vom Projektfortschritt und Nachprüfung durch den Bund stückweise ausgezahlt. Kein Projekt, das mit öffentlichen Geldern finanziert werde, sei risikofrei; der Bund gehe nach seiner Prüfung davon aus, dass das Risiko stemmbar sei. Die Landesregierung habe außer dem Prüfvermerk keine weiteren Unterlagen des Bundes eingesehen.

Auch Abgeordnete Herdejürgen bemängelt, dass das Parlament nicht wisse, welche Unterlagen der Landesregierung vorgelegen hätten, und der Prüfvermerk des Bundes nicht vorliege. Sie fragt die Landesregierung, ob es Gutachten zur Risikobewertung des Projekts gebe.

Auch Abgeordnete Riecke begrüßt, dass ein schleswig-holsteinisches Unternehmen im Lande investieren wolle. Sie weist darauf hin, dass es dem Unternehmen 2024 nicht gut gegangen sei und es Kurzarbeit gegeben habe. Sie fragt die Landesregierung, ob sie die Aussagen des Bundes beziehungsweise die VDI/VDE-Prüfung selbst geprüft und eine eigene

Risikobewertung vorgenommen habe. Sie kritisiert, dass die Landesregierung erst die Medien und danach das Parlament informiert habe.

Abgeordnete Raudies stellt ebenfalls klar, dass man nicht die Sache, sondern das Verfahren kritisiere. Unter Bezugnahme auf das jüngste Urteil des Landesverfassungsgerichts fragt sie die Landesregierung, ob sie eine eigene Prüfung durchgeführt habe. Dem Parlament sei es nicht möglich gewesen, eine eigene Risikobewertgung vorzunehmen, weil ihm keine entsprechenden Unterlagen zugegangen seien. Die Landesregierung hätte das Parlament seit November 2025 einmal über den aktuellen Sachstand informieren sollen. Zu den Verpflichtungsermächtigungen möchte sie wissen, an wen die Landesregierung wann welche Summen zahle.

Abgeordneter Plambeck unterstützt die Förderung des Projekts, das in keiner Weise mit der Northvolt-Förderung vergleichbar sei.

Auf die gestellten Fragen antwortet Staatssekretärin Carstens, der Landesregierung lägen keine weiteren Gutachten vor. Den Prüfvermerk von VDI/VDE könne man zur Einsichtnahme zur Verfügung stellen. Über die Prüfung von VDI/VDE hinaus habe es keine eigene Prüfung gegeben. Das Land zahle die entsprechende Fördersumme nach Prüfung und Aufforderung durch den Bund direkt an das Unternehmen. Die Verpflichtungsermächtigung sei in den Haushalt 2026 eingestellt worden; sollten in diesem Jahr noch Fördermittel fließen, werde sie den Ausschuss darüber unterrichten.

Der Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

2. Bericht der Landesregierung zur Neustrukturierung der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Umdruck 20/7588

Bericht des Gesundheitsministeriums
Umdruck 20/7622

Gesundheitsstaatssekretär Dr. Tauras und Herr Dr. Männle, Referatsleiter im Gesundheitsministerium, geben den erbetenen Bericht (Umdruck 20/7622).

Abgeordnete Herdejürgen beanstandet, dass die Landesregierung das Parlament erst jetzt auf Antrag der SPD-Fraktion über die geplante Finanzierungsumstellung informiere. Sie fragt das Finanzministerium, wie es die in den nächsten Jahren geplanten IMPULS-Finanzierungen sicherstellen wolle.

Auch Abgeordneter Dr. Garg kritisiert, dass das Parlament über die fachpolitisch nachvollziehbare Entscheidung erstmals vor drei Tagen unterrichtet worden sei, und fragt, wie die Landesregierung sicherstellen werde, dass die notwendigen Krankenhausinvestitionen wie geplant über IMPULS tatsächlich erfolgten.

Auch Abgeordneter Plambeck begrüßt die Finanzierungsumstellung, die Transparenz schaffe und Verwaltungskosten spare.

Finanzstaatssekretär Rabe macht unter Bezug auf den Infrastrukturbericht 2026 (Drucksache 20/4862, Punkt 4.3) darauf aufmerksam, dass der Investitionsbedarf der Krankenhäuser weiter steige und der Bund zusätzliche Mittel zur Verfügung stelle, insbesondere über den Transformationsfonds. Nach der aktuellen Finanzplanung sei von einem Gesamtinvestitionsbedarf in Höhe von 4,1 Milliarden Euro eine Summe von 3,3 Milliarden Euro finanziert, die Finanzierungslücke betrage 860 Millionen Euro bis 2040. Die komplexen Finanzierungsströme von Bund, Land, Kommunen und Sonderprogrammen bei der Krankenhausfinanzierung, zu der es gesetzliche Verpflichtungen gebe, wolle man möglichst effizient in Einzelplan 16 abbilden. Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Garg antwortet er, die Landesregierung habe nicht die Absicht, das Investitionsbankgesetz zu ändern.

Auch Gesundheitsstaatssekretär Dr. Tauras betont die Notwendigkeit der Krankenhausmodernisierung und verweist auf die im Infrastrukturbericht aufgeführten Zahlen.

3. Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung (Digitalisierungsbeschleunigungsgesetz – DigiBeschlG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 20/4202

(überwiesen am 19. März 2026 an den **Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 20/6452 (neu), 20/6626, 20/6628, 20/6645, 20/6661, 20/6697, 20/6698, 20/6699, 20/6729, 20/6730, 20/6739, 20/6755, 20/6756, 20/6757, 20/6765, 20/6766, 20/6768, 20/6771, 20/6772, 20/6773, 20/6774, 20/6775, 20/6776, 20/6780, 20/6781, 20/6782, 20/6888, 20/7106, 20/7231, 20/7241, 20/7253

Abgeordnete Raudies erklärt, sie sehe sich angesichts der Ergebnisse der Anhörung nicht in der Lage, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Der Vorsitzende erklärt, er werde sich bei der Abstimmung enthalten, weil die interne Meinungsbildung des SSW noch nicht abgeschlossen sei.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von FDP und SSW empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW, SPD und FDP
Drucksache 20/4714 (neu)

(überwiesen am 26. August 2026)

hierzu: Umdrucke 20/7130, 20/7425, 20/7474, 20/7475, 20/7476, 20/7491, 20/7507, 20/7509, 20/7529

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunkts wird vertagt.

5. Versorgungslücke im Versorgungsausgleich geschiedener Beamtinnen und Beamten schließen – Interne Teilung der Versorgungsansprüche einführen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/4379

(überwiesen am 8. Mai 2026)

hierzu: Umdrucke 20/6631, 20/6734, 20/6753, 20/6754, 20/6758, 20/6759, 20/6761, 20/6762, 20/6767, 20/6784, 20/6788

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunkts wird vertagt.

6. Steuerkriminalität den Kampf ansagen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/4519 (neu)

(überwiesen am 27. August 2026 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 20/7109, 20/7392, 20/7452, 20/7467, 20/7478, 20/7489, 20/7490, 20/7498, 20/7499, 20/7508, 20/7512, 20/7517, 20/7518, 20/7521, 20/7542

Der Finanzausschuss beschließt, Anfang 2027 eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 6. November 2026 zu benennen.

7. Entlastung des Ehrenamtes – Ehrenamtspauschale anheben

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 20/4487

Änderungsantrag der Fraktion des SSW
Drucksache 20/4556

Gesellschaftliches Engagement muss dauerhaft und angemessen finanziell belohnt werden

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/4560

Ehrenamtspauschale angemessen erhöhen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/4747

(überwiesen am 27. August 2026)

hierzu: Umdrucke 20/7167, 20/7189, 20/7234, 20/7372, 20/7466, 20/7472, 20/7479, 20/7480, 20/7481, 20/7488, 20/7492, 20/7494, 20/7500, 20/7516, 20/7519, 20/7520, 20/7528

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunkts wird vertagt.

8. Information/Kenntnisnahme

Umdruck 20/7142 (neu) – Fortschreibung Haushaltsdaten
Umdruck 20/7581 – Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
Umdruck 20/7587 – über- und außerplanmäßige Ausgaben
Umdruck 20/7589 – Steuerschätzung
Umdruck 20/7592 – Verwaltungsvereinbarung Finanzministerien
Umdruck 20/7602 und vertraulicher Umdruck 20/7463 – Verwaltungsvereinbarung ECA-Förderung
vertraulicher Umdruck 20/7534 – Wasserstoffleitung

Zu Umdruck 20/7534 (Wasserstoffleitung) bittet Abgeordnete Herdejürgen das Umweltministerium, die Entscheidungsprozesse transparenter darzustellen, und den Rechnungshof, die Entscheidung des Ministeriums zu bewerten.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis – bis auf Umdruck 20/7534, der auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden soll.

9. Verschiedenes

a) Die nächste Ausschusssitzung findet am 30. Oktober 2026 statt.

b) Finanzministerin Dr. Schneider kündigt an, in Kürze einen Bericht zur mittel- und langfristigen Prognose der Beihilfekostenentwicklung vorzulegen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 12:45 Uhr.

gez. Christian Dirschauer Vorsitzender	gez. Ole Schmidt Geschäfts- und Protokollführer